Ausschussbericht Beilage 0534

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Markus Wiesler, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung (Beilage 0389) betreffend „Einführung einer „Gemeindeschutzklausel“ und einer „Schnellspur für kritische Infrastruktur“ (Zahl 2100-0288) (Beilage 0534).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Markus Wiesler, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung einer „Gemeindeschutzklausel“ und einer „Schnellspur für kritische Infrastruktur“, in ihrer 10. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 14.01.2026, beraten.

Landtagsabgeordnete Michelle Whitfield wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Michelle Whitfield den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Entschließungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der FPÖ und ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Markus Wiesler, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung einer „Gemeindeschutzklausel“ und einer „Schnellspur für kritische Infrastruktur“, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 14. Jänner 2026

Die Berichterstatterin:
Michelle Whitfield eh.

Der Obmann-Stv. des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Drobits eh.

Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.ª Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 14. Jänner 2026

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Spitzmüller, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 2100 – 0288, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung
des Burgenländischen Landtages vom …. betreffend „Ausbau des Burgenland-Backbones konsequent weiter vorantreiben“

Zum unter Zahl 2100 – 0288 eingebrachten selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten KO Ing. Norbert Hofer, Markus Wiesler, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Einführung einer „Gemeindeschutzklausel“ und einer „Schnellspur für kritische Infrastruktur“ hält der Burgenländische Landtag fest:

Die im zugrundeliegenden Antrag geforderte Kostenfolgenabschätzung wird bereits bisher bei jedem Gesetzesvorhaben im Vorblatt der Erläuterungen durchgeführt. Dabei werden die möglichen finanziellen Auswirkungen des Vorhabens auf die Gemeinden transparent dargestellt.

Im Regierungsprogramm Zukunftsplan 2030 bekräftigt die Burgenländische Landesregierung die kontinuierliche Umsetzung der „Breitbandstrategie Burgenland 2030“ sowie des „Masterplans Burgenland“ und unterstützt den nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur („Burgenland-Backbone“) mit Mitteln der Europäischen Union, des Bundes und des Landes im Rahmen der Breitbandkoordination. Neben einer leistungsstarken Internetanbindung für die Bevölkerung wird ein energieeffizientes und nachhaltiges Landesgrundnetz entwickelt, das als Grundlage für eine krisensichere Kommunikation, die Versorgung kritischer Infrastruktur und den zukunftsfähigen Glasfaserausbau im Burgenland dient. Daher wird sowohl der Ausbau des „Burgenland-Backbones“ als auch die Anbindung kritischer Infrastruktur vorangetrieben. Im Zuge der Energiewende sollen Synergien mit den Smart Grid-Initiativen beim Glasfaserausbau genutzt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, den Ausbau des „Burgenland-Backbones“ im Rahmen der „Breitbandstrategie 2030“ und des „Masterplans Burgenland“ weiterhin konsequent voranzutreiben und dabei insbesondere die Anbindung kritischer Infrastruktur sowie die Nutzung von Synergien im Zuge der Energiewende sicherzustellen.